

Max Traeger – kein Vorbild

Eine Replik auf die Max Traeger-Biographie von Hans-Peter de Lorent

Im bundesweiten Streit der GEW um die historische Rolle ihres ersten Vorsitzenden stellt sich Hans-Peter de Lorent mit seiner Biografie zu Max Traeger gegen den Frankfurter Erziehungswissenschaftler Benjamin Ortmeier (s. hlz 3-4/2017). Ortmeier hatte gefordert, Max Traeger neu zu bewerten und die Max-Traeger-Stiftung umzubenennen. Damit habe Ortmeier, so de Lorent, Max Traeger in die Nähe der Nationalsozialisten gerückt. Ohne differenziert auf Ortmeier zu antworten und ohne neue Quellen und Forschungsergebnisse vorzulegen, polarisiert de Lorent. Er schafft mit seiner Einschätzung Traegers ein Pro- und ein Contra-Lager, dem man sich zuordnen soll. (Die Verfasser)

Unser Beitrag „Es ist Zeit für die ganze Wahrheit“ in dem von Micha Brumlik und Benjamin Ortmeier herausgegebenen Sammelband „Max Traeger – kein Vorbild“ setzt sich ausführlich mit der vorgelegten Biografie Traegers auseinander. Einige unserer Hauptthesen stellen wir hier zur Diskussion.

Max Traeger – Mitglied der NS-geführten Regierungskoalition

De Lorent stellt Max Traeger, der in der Weimarer Republik Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) war, als einen linksliberalen Politiker vor. Für ihn ist die DDP – egal in welcher historischen Phase – als linksliberal einzuordnen. Die Weiterentwicklung der DDP zur Deutschen Staatspartei (DStP) ab 1930 ist für de Lorent lediglich eine Umbenennung und keine politische Neuausrichtung, obwohl die DStP sich selbst als eine neue Sammlungsbewegung – in zeitweiliger Zusammenarbeit – mit dem völkisch-antisemitischen Jungdeutschen Orden – verstand. De Lorent erwähnt nicht, dass bekann-

te Hamburger Liberale wie Hans Robinsohn, Alfred Johann Levy und Erich Lüth wegen Rechtsentwicklung und Antisemitismus aus der DDP/ DStP austraten. De

Lorent erweckt den Eindruck, Traeger sei wie „viele andere den Nationalsozialisten unliebsame Abgeordnete verfolgt“ worden. Traeger positionierte sich jedoch nicht in dieser Umbruchphase gegen den Nationalsozialismus. Traeger folgte nicht dem liberalen Bürgermeister Carl Petersen, der am 4.3.1933 aus Protest gegen die Zusammenarbeit der Staatspartei mit den Nazis sein Amt und wenige Tage später auch sein Bürgerschaftsmandat niederlegte. Die Fraktion der Staatspartei sprach sich in der Hamburgischen Bürgerschaft für eine Koalition mit der NSDAP aus. De Lorent glaubt dabei eine Protesthaltung der Abgeordneten der Staatspartei und damit auch Traegers ausmachen zu können. „Auffällig ist, dass alle neun Senatsmitglieder 79 Stimmen bekamen, lediglich Senator Matthaei (Dt. Staatspartei) und Senator Burchard-Motz (DVP), ... bekamen 84 Stimmen. Daraus ist zu schließen, dass die Vertreter der Deutschen Staatspartei und der Deutschen Volkspartei ihre Stimmen ausschließlich für diese beiden Personen ab-



Weinheim-Basel 2017; Der vorliegende Text ist eine Kurzfassung des 84 Seiten umfassenden Beitrages von Nette/Romey in dem von Ortmeier/Brumlik herausgegebenen Buch (S.72ff). Der von den GEW-Studis erbetene, aber von uns abgelehnte Abdruck ihres Beitrages findet sich im Buch auf den Seiten 43-51 (s. Kasten auf Seite 61 dieser Ausgabe)



Autor_innen und Herausgeber bei der Buchvorstellung in Frankfurt, v.r.n.l.: Bernhard Nette, Stefan Romey, Micha Brumlik, Benjamin Ortmeier, Z. Ece Kaya, Sven Lehmann

gaben und die neuen Senatoren sowie Bürgermeister Carl Vincent Krogmann nicht wählen.“ Ausschließlich? De Lorent irrt. Er legt für seine Einschätzung fälschlicherweise die Zusammensetzung der Bürgerschaft nach dem „Gleichschaltungsgesetz“ Ende Mai 1933 zugrunde. Die Staatspartei hatte zu diesem Zeitpunkt nur noch vier Abgeordnete, einer davon war Max Traeger. Die Zusammensetzung der Bürgerschaft, die am 8. März 1933 den neuen Rechtssenat wählte, ergab sich jedoch aus dem Ergebnis der Bürgerschaftswahl vom April 1932. Der Fraktion der DStP gehörten noch 18 Abgeordnete an. Diese Abgeordneten verweigerten sich in ihrer großen Mehrheit keineswegs den Nazis und ihrem Anhang. Es ist wohl dem NS-Forscher Henning Timpke zu folgen: „Einige Mitglieder der staatsparteilichen Fraktion – es waren wohl gerade die jüdischen Abgeordneten – konnten sich allerdings nicht dazu entschließen, den neuen Senat en bloc zu wählen.“ Traeger blieb auch nach dieser Abstimmung Abgeordneter der NS-geführten Koalition in Hamburg.

Nur wenige Wochen nach der Machtübernahme war Terror und Folter gegenüber politischen Gegnern, auch den

verhafteten Bürgerschaftsabgeordneten, alltäglich geworden. Die KPD wurde am 15.3. verboten. Grundrechte wurden per „Ermächtigungsgesetz“ außer Kraft gesetzt. Diesem stimmte im Reichstag die Deutsche Staatspartei zu. Am 2. Mai wurden die Gewerkschaftshäuser besetzt. Das Parteivermögen der Arbeiterparteien wurde beschlagnahmt. Die SPD-Fraktion blieb deshalb dem Hamburger Parlament am 10. Mai demonstrativ fern. Max Traeger aber nahm teil. Die Nazis beriefen ihn als einzigen aus den alten demokratischen Parteien für die Landesunterrichtsbehörde. Auch auf der folgenden „Arbeits-sitzung“ der Bürgerschaft am 31.5. war Max Traeger wieder anwesend. Der einzige Redner dieser Sitzung war der NS-Bürgerschaftspräsident Fritz Meyer. Er verkündete die Beschlüsse der neuen Machthaber. Die NS-Zeitung „Hamburger Tageblatt“ beschrieb Meyers Verhandlungsführung: „Ich eröffne die Beratung. Ich schließe die Beratung. Ich bitte die Mitglieder, die die Anträge annehmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. Danke. Angenommen.“ Dies, so das Tageblatt, sei nur dadurch unterbrochen worden, „dass das Haus wie ein Mann aufsteht...“.

Wie ein Mann. Auch Max Traeger war jedes Mal gehorsam aufgestanden. Er war für zwei Ausschüsse vorgeschlagen worden. De Lorent beklagt, dass Traegers Mandat trotz seiner Ausschussbenennung „nie Realität wurde.“ Am 14. Juli wurde mit dem Gesetz gegen die Neubildung von Parteien die Existenz einer einzigen Partei im Deutschen Reich, der NSDAP, festgeschrieben. Die Staatspartei und andere bislang nichtverbotene Parteien lösten sich auf. Es ist uns bisher nicht gelungen herauszufinden, wie viele Mitglieder danach quasi partei- und fraktionslos zur Hamburger Bürgerschaft gehörten. Zur Klärung der Personalie Max Traeger sollte hier weitergeforscht werden. Noch im Oktober 1933 überwies Max Traeger von seinen Abgeordneten-Bezügen eine Spende an das NS-Winterhilfswerk. Gab es in Hamburg – wie im Reich – den Versuch, die parlamentarische Arbeit ehemals liberaler Abgeordneter als Hospitanten der NSDAP fortzuführen? Die Hamburgische Bürgerschaft wurde am 14.10. aufgelöst. Der nazistische Präsident Fritz Meyer dankte in einem auf Bütteln gedruckten Schreiben allen noch verbliebenen Abgeordneten, also auch Max Traeger: „Viele der Abgeordneten sind zu dieser Vertrauensstellung berufen worden, weil sie sich in der nationalen Bewegung hervorragend betätigt hatten. ... Der Wille des Führers ruft uns jetzt wieder zur Lösung anderer Aufgaben, und er kann gewiß sein, daß wir ihm wie bisher in unwandelbarer Treue folgen.“ Wem folgte Max Traeger jetzt - wohin? Diese Forschungsfrage ist noch zu beantworten.

Max Traeger – Gegner der Nationalsozialisten?

De Lorent macht Max Traeger in seinem Buch plakativ zu einem „eindeutigen“, „ausgewiesenen“, „vehementen“, „offenen“ Gegner des NS-Regimes – „an

Hamburger Echo

Preis 10 4

Verantwortlich: Dr. Kurt H. ...
 Herausgeber: ...
 Redaktion: ...

Hamburg-Altonaer Volksblatt

©egründet 1875

Verantwortlich: Dr. Kurt H. ...
 Herausgeber: ...
 Redaktion: ...

Nummer 52

Donnerstag, 2. März 1933

59. Jahrgang

Nazi-Staatspartei über Senatsbildung einig

Der See raft

Wie vermöchte zu sagen, wenn die letzten Eiderenten der Nordseeküste verdrängt, der harte Jachthafen in Ostdeutschland landest, was auch nach der Verdrängung der Westküste, wenn auch unter Schwierigkeiten, wieder (schon) fest wachet?

Der Parteivorstand der Sozialdemokratie prangert an

Anwahre Behauptung über die Sozialdemokratische Partei

Womit die öffentliche Meinung über die Sozialdemokratischen Wahlarbeit

Der dritte Versuch der Senatsbildung

Wie wir hören, hat der neue Versuch der Senatsbildung keine Aussicht auf Erfolg. Die Verhandlungen sind gescheitert. Die Verhandlungen sind gescheitert. Die Verhandlungen sind gescheitert.

Die letzte Ausgabe 2. März 1933 – am nächsten Tag wurde die Zeitung verboten

Zweite Ausgabe Preis 15 Pt

Hamburger Tageblatt

Sente: Sitten im Zoo

DEUTSCHER SENAT ZERSTÖRT MAN NICHT - MAN EROBERT IHN!

SPD-Senatoren abgetreten

Dachschützen auch in Rothenburgsort - Sondergericht gegen Mord

Hamburger Senat endlich marxistenfrei

Die roten Senzen verschwinden freiwillig

Samburg, den 3. März 1933.

Hamburger Echo verboten

"Echo" für die gesamte Arbeiterklasse bezeichnend und gesunde Idee in Hamburg waren die Mitglieder der Sozialdemokratie ...

Verteilungsort: Nationalsozialisten

Ma hat Verdrängung des ererbten Sitten-Sanges

Otto Bieder

schwere Jahre EN, SS und Nationalsozialisten ...

Als nach dem Reichstagsbrand am 28. Februar 1933 der Terror der Nazis die Straßen der Stadt beherrschte, die SPD-nahe Zeitung 'Hamburger Echo' verboten wurde, die kommunistischen Abgeordneten untertauchen mussten und folglich nicht mehr in der Bürgerschaft erschienen und die SPD-Fraktion die Bürgerschaft verließ, als es um die Wahl der von den Nazis geführten Koalitionsregierung aus DNVP, DVP und Deutscher Staatspartei ging, stimmte Max Traeger am 8. März 1933 als Abgeordneter der Deutschen Staatspartei für die Koalition.



Traeger spendet unmittelbar vor der Auflösung der Bürgerschaft am 14. Oktober 1933 noch für das NS-Winterhilfswerk (s. Nr. 5)

vorderer Stelle“. Traeger hätte mit den Nazis nicht gemeinsame Sache gemacht. Stattdessen hätte er „konspirativ“ gewirkt. Für die NS-Zeit verweist de Lorent als Quelle – ohne quellenkritischen Abgleich – auf eineschmale belletristische Schrift, Kurt Zeidlers „Pädagogischer Reisebericht durch acht Jahrzehnte“. De Lorent behauptet, Träger wäre in der gesamten NS-Zeit Mitglied eines „Untergrundvorstandes“ der alten „Gesellschaft der Freunde“ gewesen. Er nennt als zusätzliche Quelle ein Interview mit Hermann Lange. Lange konnte aber nur aus der Zeit bis 1939 berichten, denn danach wurde er eingezogen. Bis dahin sei Traeger aber nicht dabei gewesen! Traeger gehörte nicht zu liberalen oder anderen Widerstandsgruppen wie der „Robinson-Strassmann-Gruppe“ oder der Gruppe „Freies Hamburg“ um Friedrich Ablass, der wie Traeger Mitglied der DStP in der Bürgerschaft gewesen war. Die Mitglieder der genannten Gruppen halfen in Hamburg Verfolgten und deren Familien. Sie sammelten Nachrichten und gaben diese weiter u.a. ins britische Außenministerium.

De Lorent berichtet nichts über Traegers Lehrertätigkeit in

und Aufmärsche? Gab es Zusammenstöße mit Vorgesetzten? Zeigte er Empörung oder Protest gegen die zahlreich eingeforderten Anpassungsbeweise? Lehnte er Unterrichtsaufträge mit eindeutigem NS-Gedankengut ab?

Keine Alternative zu »Gleichschaltung«?

De Lorent behauptet, dass bei der »Gleichschaltung« der „Gesellschaft der Freunde“ außer der Rettung der Kassen „realistisch nicht mehr zu erreichen“ war. So kann er Traegers Verhalten als Verbandsfunktionär zu Beginn der NS-Zeit als alternativlos darstellen. Das ist irreführend, wie das Handeln einer vergleichbaren Hamburger Persönlichkeit, der Oberschulrätin Emmy Beckmann, verdeutlicht. Sie war wie Traeger Mitglied der DDP/DStP in der Hamburger Bürgerschaft gewesen,

der NS-Zeit an der Schule Wrangelstraße. Wie kam Traeger mit den dortigen Gegebenheiten zurecht? Dietrich Rothenberg hatte hierzu berichtet: „Die neue Schule, an die ich dann kam, die Knaben-Volksschule Wrangelstraße, war im Gegensatz zu meiner alten Schule eine richtige Nazi-Schule.“ Es drängen sich Fragen auf. Verweigerte Traeger nazistische Anforderungen wie den Hitlergruß, Appelle

jedoch nur bis Anfang 1933. In den letzten Jahren der Weimarer Republik trat sie aktiv in der Öffentlichkeit als Mitglied der „Frauenfront“ gegen die NS-Bewegung auf. Sie warnte vor den frauenfeindlichen Parolen der NSDAP. Sie wurde – anders als Max Traeger – am 28.6.1933 „wegen politischer Unzuverlässigkeit“ nach § 4 des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ zwangspensioniert und konnte nicht wie ihr Parteikollege im Schuldienst weiterarbeiten. Emmy Beckmann verweigerte als Vorsitzende die Gleichschaltung des Allgemeinen Deutschen Lehrerinnenverbandes (ADLV), mit gut 40.000 Mitgliedern eine der großen Interessenvertretungen der Lehrerinnen im Deutschen Reich. Der ADLV stemmte sich gegen die Übergabe der Kassen an den NSLB aus Protest gegen die Verfolgung der Juden und gegen die Diskriminierung der Frauen im NS-Staat. Es gelang durch Umwidmung, diese Gelder in eine Stiftung für die bisherigen sozialen Zwecke sicherzustellen.



Die Nazis sorgten dafür, dass sie in der neu geschaffenen ‚Abteilung Wirtschaft und Recht‘ innerhalb des NSLB, in der das Vermögen der nun aufgelösten ‚Gesellschaft der Freunde‘ verwaltet wurde, die Mehrheit hatten und den Vorsitzenden stellten.



Kann jemand, der 1930 die Volksgemeinschaft propagiert ...

Max Traeger – Ein „guter“ Verhandlungsführer?

De Lorent stellt Max Traeger als einen guten Verhandler mit dem Führungspersonal des NSLB dar. Er habe mit dem Erhalt der Kassen das „wahrscheinlich Maximale“ für die „Gesellschaft der Freunde“ erreicht. Dass er dabei in Wirklichkeit diese fast kampflos an die Nazis auslieferte, wird schön geredet. Es bleibt der Makel an Traeger haften, dass er „seine“ Lehrerorganisation dazu aufrief, zu einer verbrecherischen Organisation überzuwechseln. De Lorent hatte in seinen früheren Publikationen wie im Sammelband „Die Fahne hoch“ vor 30 Jahren die Rolle der Funktionäre der „Gesellschaft der Freunde“ wie Max Traeger und Gustav Küchler sehr viel kritischer gesehen. Jetzt aber lobt er Traeger in der hlz im Frühjahr 2017. Dieser habe „in wochenlangen Verhandlungen erreicht, (...) dass die ‚Gesellschaft der Freunde‘ weiter als rechtsfähige Organisation bestand und auch Kompetenz für die Verwaltung der Kassen und des Curio-Hauses behielt. Aus heutiger Sicht würde ich sagen“, fügte de Lorent bewertend hinzu, „man muss Traeger dankbar sein dafür ...“. Diese Aussage ist

schon für die Gleichschaltung im April 1933 irreführend, da sich die Nazis sofort die Mehrheit im Vorstand der „Gesellschaft der Freunde“ gesichert hatten. Und am 16. März 1934 wurde auf einer Hauptversammlung im Curio-Haus die Satzungsänderung beschlossen, wonach – so der protokollierende Notar Biermann-Ratjen – „nunmehr die endgültige Eingliederung des Vereins in den NSLB und damit in die nationalsozialistische Bewegung durchgeführt sei.“ Für diesen Beschluss hat de Lorent in seiner Traeger-Biografie nur einen Satz übrig: „Diese Konstruktion wurde am 16.3.1934 in einer Hauptversammlung beschlossen.“ De Lorent beachtet hier nicht die vorhandenen Akten des Hamburger Staatsarchivs, um Näheres über die Rolle Max Traegers sagen zu können. Für die Anträge zur Satzungsänderung in der entscheidenden Hauptversammlung am 14. März 1934 zeichnete neben Gustav Küchler auch Max Traeger verantwortlich. Es ist zu bedenken, dass Traeger und Küchler als ehemalige Vorsitzende in der Lehrerschaft einen guten Ruf genossen. Sie waren für viele Leitfiguren. Und damit hatten sie es im März 1934 der Hamburger Lehrerschaft leicht gemacht, der von ihrer ehemaligen Gewerkschaftsführung vorgeschlagenen vollständigen Nazifizierung zuzustimmen. Es hatte im Übrigen bereits im August 1933 einen ersten Versuch gegeben, die „Gesellschaft“ vollständig in den NSLB zu überführen, wobei sich Traeger – übrigens anders als Küchler – als einer der „Liquidatoren“ zur Verfügung gestellt hatte. Es war keine normale juristische Abwicklung einer Gesellschaft, für die in der Tat, wie de Lorent betont, der Begriff „Liquidator“ normal sei. Es war geplant, die ehemals demokratische „Gesellschaft der Freunde“ schon im August 1933 vollständig zu nazifizieren. Von

daher bekommt der Begriff „Liquidator“ einen sehr schlechten politischen Beigeschmack.

Max Traeger – Mitglied im Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB)

Max Traeger sei, so de Lorent, nie in die NSDAP eingetreten und „blieb wie 97 Prozent der Hamburger Lehrerschaft Mitglied im NSLB“. Die Prozentzahl suggeriert, diese Mitgliedschaft sei, da ja nahezu alle im Schuldienst Tätigen dabei waren, gar nicht so schlimm gewesen. De Lorent geht hier nicht auf die Mitgliederentwicklung ein. Bei Traegers Übertritt in den NSLB zusammen mit vielen weiteren Mitgliedern der „Gesellschaft der Freunde“ am 1. Mai 1933 erhöhte sich die Mitgliederzahl des Hamburger NSLB von knapp 100 Ende 1932 schlagartig auf 4.500. Erst Anfang 1934 kann von einer 97prozentigen Mitgliedschaft der Hamburger Lehrerschaft im NSLB gesprochen werden. Der Übertritt der „Gesellschaft der Freunde“, unter ihnen Max Traeger, machte den NSLB in Hamburg stark.

Max Traeger und Ro 19

Die Frage, ob die GEW Hamburg mit Ro 19 ein »arisisiertes«



...und 1949/50 einen Schlößstrich unter die Nazivergangenheit fordert, der GEW als Vorbild dienen?

Erbe besaß, führte in der GEW immer wieder zu erheblichen Auseinandersetzungen. Unsere Antwort ist bekannt. De Lorent positioniert sich in seiner Traeger-Biografie öffentlich zum ersten Mal. Er relativiert Max Traegers Rolle bei der Aneignung von Ro 19 nach 1945. Traeger hatte als Vorsitzender Ende der 1940er Jahre diese Immobilie für die Lehrgewerkschaft beansprucht. Besonderen Wert legt de Lorent auf die Feststellung, die jüdischen Voreigentümer von Ro 19 hätten keinen Antrag auf Restitution gestellt. Daher sei davon auszugehen, dass sie sich bei dem Verkauf 1935 an den NSLB nicht unrechtmäßig behandelt gefühlt hätten. Keine »Arisierung« also? Eine zentrale Frage bleibt: Warum eigentlich ist Max Traeger nie auf den Gedanken gekommen, die nach New York Geflüchteten brieflich zu fragen, ob sie sich bei Ro 19 tatsächlich gerecht behandelt gefühlt hätten? Stattdessen speulierte er 1950 über „das Judengrundstück“, das gar keines gewesen sei.

De Lorent benutzt bei der Einschätzung Max Traegers als Quelle nicht das von der GEW Hamburg in Auftrag gegebene Gutachten Sielke Salomons aus dem Jahre 2002. Sie schrieb: „Bei den ehemaligen Pgs. Dr. Kurt Holm und Wilhelm Bernhardt überrascht ein solcher Mangel an moralischem Empfinden nicht, enttäuschend ist jedoch, dass auch eine Persönlichkeit wie Max Traeger offenbar nicht auf den Gedanken kam, nach dem Schicksal der ehemaligen Besitzer zu fragen, geschweige denn das Verhalten der Gesellschaft im Jahre 1935 einer kritischen Reflexion zu unterziehen oder gar so etwas wie Scham zu empfinden. Die ‚Unfähigkeit zur Trauer‘ (Mitscherlich) ging bei ihm so weit, die Notwendigkeit zur Anmeldung des Gebäudes Ro 19 als ‚Judengrundstück‘ in Frage zu stellen – also für den eigenen Fall die Legitimi-

tät der ‚Allgemeinen Verfügung Nr. 10 ... für die britische Zone, anzuzweifeln, nach der die ‚Gesellschaft der Freunde‘ wie alle anderen, die im Besitz eines Eigentums waren, das zwischen dem 30. Januar 1933 und dem 8. Mai 1945 aus Gründen der Rasse, der Staatsangehörigkeit, der Religion oder der politischen Überzeugung einer Person enteignet, weggenommen oder ihrer Verwaltung entzogen worden war, und zwar unabhängig davon, ob der Vermögensentzug aufgrund von Gesetzen oder in angeblich rechtmäßigen Verfahren durchgeführt worden war, ... verpflichtet war.“

Unser Fazit

Warum soll man denjenigen, die wie Max Traeger nicht opponierten, sondern – wenn auch mit vermeintlich guter Absicht – mitmachten und die sich immer tiefer in den Sumpf der – im besten Fall als Appeasement-Politik zu bezeichnenden – Zusammenarbeit mit einer verbrecherischen Organisation begaben, dankbar sein?

De Lorent gelang es nicht, eine wissenschaftliche Aufarbeitung des Werdegangs des ersten Vorsitzenden der GEW vorzulegen. Sie steht unseres Erachtens noch aus.

STEFAN ROMEY
BERNHARD NETTE

Rücktritt

Heute, am 27.9.2017, kommen wir – das Leitungsgremium und die Aktivengruppe der Jungen GEW und der GEW Studis – zu der Entscheidung, dass für uns eine Identifikation mit und politische Organisation in einer Struktur, welche einen produktiven Umgang mit der eigenen Verbandsgeschichte und mit ihren Mitgliedern so verfehlt und auch 2017 über den vermeintlichen Unterschied von „verbrecherischer Arisierung“ und „Arisierung“ diskutiert – letztere sei scheinbar nicht so schlimm und im Fall von Ro19 zutreffend (vgl. Debatte hlz 5–6/2017) – nicht weiter möglich ist.

RONJA HEINELT, ROBERT HÜBNER, EVÍN JLUSSI, GESA MÜLLER, TOBIAS WOLLBORN (Aktive der Jungen GEW/GEW Studis Hamburg)

Dazu heißt es am 28. September 2017 auf der Hamburger GEW-Webseite unter der Überschrift: GEW zum Rücktritt einiger Mitglieder der GEW Studis und Junge GEW:

„Auf der Facebookseite der GEW Studis Hamburg wie auch in einem jüngst erschienenen Sammelband „Max Traeger – kein Vorbild“ geben fünf Mitglieder des Leitungsteams der GEW Studis und der Jungen GEW ihren Rücktritt von ihren Ämtern bekannt. Wir bedauern diesen Schritt und möchten auf einige Falschbehauptungen in diesem Schreiben hinweisen.

Falsch ist die Behauptung, dass „das Leitungsgremium und die Aktivengruppe der Jungen GEW und der GEW Studis“ zurückgetreten sei. Richtig ist, dass fünf der zehn Aktiven des Leitungsteams zurückgetreten sind, die anderen jedoch nicht. Die Strukturen der GEW Studis und der Jungen GEW arbeiten weiter.

Falsch sind zudem einige der im Text erhobenen Vorwürfe, so z.B. die Behauptung, der Vorstand der GEW Hamburg habe sich „einer Debatte entzogen“. So gab es Treffen mit den jetzt Zurückgetretenen, mehrere öffentliche Diskussionsveranstaltungen zum Thema sowie intensive Debatten in den Gremien. Der Vorstand steht für Nachfragen zur Verfügung.